

### **Parlamentarisches Abendessen der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen: „Wie steht es um die Resilienz der freien Schulen – eine kritische Bestandsaufnahme“**

---

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Niedersachsen (AGFS) empfing am 2. Mai 2023 die Vizepräsidentin des Niedersächsischen Landtages, Frau Barbara Otte-Kinast, die Kultusministerin Frau Julia Willie Hamburg, den Staatssekretär des Kultusministeriums, Herrn Marco Hartrich, alle bildungspolitischen Sprecher\*innen der Parteien sowie weitere Abgeordnete und Vertreter\*innen aus dem Kultusministerium zu einem gesetztem Parlamentarischem Abendessen im Restaurant des Alten Rathauses in Hannover. Ziel des Abends war, den politischen Ansprechpartner\*innen der im Herbst neu gewählten Landesregierung das freie Schulwesen und die notwendige dringliche Forderung nach auskömmlicher Finanzhilfe zu erläutern.

Der Abend stand somit unter dem Thema „Wie steht es um die Resilienz der freien Schulen – eine kritische Bestandsaufnahme“. In ihrer Begrüßungsrede machte die Vorsitzende der AGFS, Frau Gabriele Joachimmeyer deutlich, dass die seit über 10 Jahren existierende strukturelle Unterfinanzierung der Freien Schulen und die großen wirtschaftlichen Herausforderungen der letzten drei Jahre dazu geführt haben, dass große Finanzierungslücken und wirtschaftliche Verluste bei den freien Schulen entstanden seien. Resilienz umfasse die Fähigkeit, schwierige Lebenssituationen ohne dauerhafte Beeinträchtigung zu überstehen, um weiterhin krisensicher aufgestellt zu sein. Für eine gute Zukunftsplanung der Schulen in freier Trägerschaft, die 10% der Schulen in Niedersachsen ausmachen und das gesamte Spektrum der niedersächsischen Schullandschaft abbilden, bedürfe es einer tiefgreifenden Verbesserung der Finanzhilfe, um die Schulen in freier Trägerschaft zu erhalten.

In ihrem Grußwort zitierte Frau Landtagsvizepräsidentin Barbara Otte-Kinast den ehemaligen US-Präsidenten John F. Kennedy mit folgenden Worten „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist, als Bildung, nämlich gar keine Bildung.“ Sie führte aus, dass neben den immateriellen Mitteln auch finanzielle Mittel zur Resilienz der freien Schulen beitragen. Sie forderte auf, sich stark dafür zu machen, dass der Bereich Bildung gut auf den Weg gebracht und finanziell ausgestattet werde.

Frau Kultusministerin Julia Willie Hamburg verwies am Anfang ihres Grußwortes zum Thema Resilienz darauf, dass freie Schulen durch besondere Konzepte schon Maßnahmen erprobt haben, die nicht nur für Resilienz an eigenen Schulen sorgten, sondern auch Innovationsmotor für das öffentliche Bildungswesen seien.

Sie führte weiter aus, dass das Kultusministerium in der Vergangenheit und auch jetzt regelmäßig freie Schulen bei Förderrichtlinien mitbedenke. Anknüpfend dazu kündigte die Kultusministerin an, dass mit dem Nachtragshaushalt jetzt das Kultusministerium dazu beitrage, dass auch das Thema Ganztagsinvestitionen mit dem Landesanteil für die freien Schulen mitbedacht werde und die freien Schulen somit Planungssicherheit haben, wenn über die Ausgaben mit Blick auf die Bundesmittel gesprochen werde. Über den Nachtragshaushalt werde auch das Thema Schulgeldfreiheit konsequent in den Bereichen der Heilpädagogik und im Bereich der medizinischen und pflegerischen Berufe zu Ende gedacht, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Ein weiteres Thema, was Schulen in freier Trägerschaft beschäftige, so die Kultusministerin, sei der im letzten Jahr mit der damaligen Landesregierung geschlossene Letter of Intent, einer Absichtserklärung zur Weiterentwicklung der Finanzhilfe der freien Schulen. Frau Hamburg erläuterte, dass das Gute an dem Letter of Intent sei, dass ihn das damalige Kultusministerium unterzeichnet habe und sich die damaligen Fraktionen SPD und CDU zu dem Letter of Intent bekannt haben. Sie führte weiter aus, dass das neue Kultusministeri-

um und die freien Schulen miteinander entschieden haben, weiter an dem Letter of Intent zu arbeiten. Mit der offensichtlichen Rückendeckung im Landtag und der Rückendeckung der Landesregierung sei es nun wichtig, in die Umsetzung des Letter of Intent zu gehen. Denn freie Schulen spiegeln deutlich aus der Praxis wider, in welche Schwierigkeiten sie zunehmend geraten, weil bestimmte Themen eben nicht durch die Finanzhilfe abgedeckt werden, sich die freien Schulen diesen aber dennoch seit Jahren widmen. Sie freut sich, dass das Kultusministerium und die freien Schulen zur Umsetzung des LOI aber auch generell in einem guten Austausch sind.

Herr Birnbaum, Frau Hartwig sowie Herr König veranschaulichten stellvertretend für alle anderen Vorstandsmitglieder anhand von konkreten Praxisbeispielen welche Auswirkungen diverse Themen, bei denen freie Schulen nicht gleichwertig zu öffentlichen Schulen berücksichtigt werden, ganz konkret auf die jeweilige Schule haben. Angeführt wurden beispielhaft: die Beschulung von Ukrainischen Schülerinnen, Ganztagschule, fehlende Schulsozialarbeit, unterschiedliche Schulgeldhöhen im Berufsbildenden Bereich, die nicht „wirklich berechnet“ wurden und somit nicht dem Aufwand in der Praxis entsprechen, pädagogische Weiterentwicklung im Förderbereich ES unter Einbeziehung der freien Förderschulen, Beurlaubung von Landesbeamten.

Herr Weßler ging abschließend auf die Systematik der Finanzhilfe der freien Schulen ein. Mit Blick auf den bevorstehenden Tarifabschluss gebe es vor dem Hintergrund der Erfahrungswerte der letzten Jahre Anlass zur Sorge, dass Teile des Tarifabschlusses (z. B. Sonderzahlungen) wie so oft bei der Finanzhilfe für freie Schulen außen vor blieben. Für tariftreue Schulen in freier Trägerschaft würden sich daraus hohe Kosten ergeben, die aus eigener Tasche bezahlt werden müssten.

Mit Blick auf die Systematik der Finanzhilfe für freie Schulen sei es deshalb nötig, eine Erhebung durchzuführen, wieviel das Land und die kommunale Seite in sächlicher, finanzieller und personeller Hinsicht in die öffentlichen Schulen investierten, so Herr Weßler. Das Ergebnis könne man als Maßstab nehmen, um im Rahmen der Finanzhilfe einen festen Prozentsatz für die Schulen in freier Trägerschaft zu ermitteln. Ihm wäre also der Politikansatz lieb, der die Weiterentwicklung der Finanzhilfe für freie Schulen systemisch in den Blick nehme.

Die Basis dafür biete der Letter of Intent. Ziel müsse die automatische Berücksichtigung der freien Schulen bei allen Maßnahmen sein (z. B. Ganztags, Beschulung von Ukrainischen Schüler\*innen, etc.). Ein entsprechender „Transmissionsriemen“ müsse in die Systematik der neuen Finanzhilfe integriert werden. Abschließend verwies Herr Weßler auf das Thema IT-Administration. Wenn man wolle, dass die Informatiklehrer künftig auch tatsächlich Informatik unterrichteten und nicht die IT-Administration übernehmen, sei es wichtig, dieses Thema ebenfalls bei der Finanzhilfe für freie Schulen in den Blick zu nehmen.

Beim anschließenden gesetzten Abendessen gab es viel Zeit für intensive Gespräche und Austausch über Schulen in freier Trägerschaft und deren besondere Herausforderungen.